

# Statt Zwang fordern Bürgerliche Darlehen

Von einer kantonalen Stromsteuer wollen FDP, BDP, SVP und EDU nichts wissen. Und erneuerbare Energien sollen nur genutzt werden, wenn die Nutzung wirtschaftlich ist. Das neue Energiegesetz erhält schlechte Noten.

Mit der «realitätsfremden Energiestrategie der rot-grünen Regierung» geht Adrian Haas, Chef der FDP-Grossratsfraktion, namens der Parteien SVP, BDP, FDP und EDU hart ins Gericht. Das kantonale Energiegesetz, das noch bis Mitte März in Vernehmlassung ist, widerspreche nämlich in einigen Teilen den Energie-szenarien des Bundes. Deshalb präsentierten die vier Parteien gestern ihre «realistische Energiestrategie». «Anreize statt Vorschriften» sei ihre Devise, sagte Erwin Burn (EDU, Adelboden).

«Der Stromverbrauch wird in Zukunft noch deutlich steigen.»

Gerhard Fischer (SVP, Meiringen)

leberg soll im Kanton Bern ersetzt werden.

## Finanzhilfe ja, aber ...

Diverses des Energiegesetzes wird von den Bürgerlichen nicht goutiert. Einige Beispiele.

**Der Regierungsrat will:** Gebäude der schlechtesten Effizienzklasse sind innert 15 Jahren zu sanieren. Der Kanton kann Finanzhilfen leisten.

**Die bürgerliche Antwort:** «Anstelle von Sanierungspflichten fordern wir ein kantonales Gebäudesanierungsprogramm. Die Gelder dafür sind durch eine neu zu gründende «Bürgerschafts-

genossenschaft für energetische Sanierungen» in Zusammenarbeit mit Banken bereitzustellen», erklärte Peter Flück (FDP, Brienz). Die vom Regierungsrat geforderte

gesetzliche Sanierungspflicht sei kaum praktikabel. Gegen die Finanzhilfen haben die Bürgerlichen nichts einzuwenden, doch sollen diese nicht anstelle, sondern zusätzlich zu Steuerabzügen geleistet werden.

## «Gefahr für die Industrie»

**Der Regierungsrat will:** Auf den Stromverbrauch wird eine Lenkungsabgabe erhoben.

**Die bürgerliche Antwort:** «Wir lehnen eine kantonale Besteuerung der elektrischen Energie entschieden ab», betont Peter Brand (SVP, Münchenbuchsee). Ein Alleingang des Kantons Bern sei unsinnig und würde zu einer wettbewerbsverzerrenden Belastung der Industrie führen. «Am meisten betroffen wären ausgerechnet die exportorientierten Betriebe, welchen die gegenwärtige Wirtschaftskrise ohnehin besonders zu schaffen macht», sagte Brand.

Vehement spricht sich Dieter Widmer (BDP, Wanzwil) dagegen aus, dass nicht mehr der Grosse Rat über die wichtigsten Elemente der Energiestrategie entscheiden solle, sondern diese – wie vom Regierungsrat gefordert – vom Grossen Rat nur noch zur Kenntnis genommen werden könnte. UE



Präsentierten ihre eigene Energiestrategie: Alfred Schneider (EDU), Peter Brand (SVP), Dieter Widmer (BDP), Adrian Haas (FDP), Samuel Leuenberger (BDP), Gerhard Fischer (SVP), Peter Flück (FDP) und Erwin Burn, EDU (von links).

# «Wir sind nicht gegen neue Ideen»

**Die bürgerlichen Parteien wollen bezüglich Energie am Status quo festhalten. Grossrat und BKW-Mann Dieter Widmer erklärt.**

**BDP, FDP, SVP und EDU wollen an der bisherigen Energiestrategie festhalten. Mit anderen Worten: die Bürgerlichen möchten am liebsten gar nichts ändern.**

Dieter Widmer: Wir räumen der Versorgungssicherheit klar die erste Priorität ein. Heute haben die Schweiz und der Kanton Bern bezüglich Energie eine hohe Versorgungssicherheit. An diesem Zustand wollen wir nichts ändern. Aber wir sind innovativ, weil wir die erneuerbaren Energien unterstützen und das – leider begrenzte – Potenzial ausschöpfen wollen. Zusammen mit einem hohen Anteil an Wasserkraft gibt dies einen guten, sicheren Strommix, der durch Kernenergie vervollständigt wird. Die heutigen, älteren

Kernkraftwerke müssen wir ersetzen. Insgesamt garantiert unser Konzept eine gute Stromversorgungssicherheit.

**Die bürgerlichen Parteien streben eine «wirkungsvolle und realistische» Energiepolitik an. Diese beiden Adjektive schliessen sich doch gegenseitig aus?**

Nein. Das Gegenteil der von uns angestrebten wirkungsvollen und realistischen Energiepolitik sind theoretische, schönklingende Absichten, die sich nicht umsetzen lassen – aus finanziellen, wirtschaftlichen oder technologischen Gründen.

**Bezüglich Energiehaushalt appellieren Sie an die Vernunft der Bürger. Tatsache ist doch, dass die Vernunft nur greift, wenn es etwas kostet.**

Wir haben eine eigenständige Energiestrategie für den Kanton Bern entwickelt. Unser Kanton kann mit einer Strategie nicht kantonale Lenkungsabgaben mit horrenden Preissteigerun-

gen beschliessen, die der bernischen Volkswirtschaft grosse Nachteile verursachen würde. Eine Energieabgabe macht höchstens Sinn, wenn diese schweizweit oder sogar europaweit koordiniert eingeführt würde. Würde der Strom oder das Erdöl allein im Kanton Bern verteuert, hätte dies für uns katastrophale volkswirtschaftliche Folgen. Eine kantonale Lenkungsabgabe lehnen wird darum klar ab.

**Die Bürgerlichen wollen dem Regierungsrat das Dossier Energie entziehen und dem Grossen Rat übertragen. Dabei ist es doch die Regierung, die neue Ideen ins Energiedossier bringt.**

Wir sind überhaupt nicht gegen neue Ideen. Aber wie beim Steuerrecht, Baurecht oder im Bildungswesen sollen auch die wesentlichen strategischen Entscheide vom Grossen Rat gefällt werden, allenfalls auch durch das Berner Stimmvolk. Warum soll der Grosse Rat beim Ener-

giegesetz nur diskutieren und nichts entscheiden können? Unsere vier Parteien sind überzeugt, dass der Grosse Rat wichtigen energiepolitischen Weichenstellungen selber vornehmen muss. Die Umsetzung aber bleibt selbstverständlich bei der Regierung.

**Weil die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat das Sagen hat, wollen die Bürgerlichen im Kanton Bern energiepolitisch also stehen bleiben.**

Die erste Fassung der Energiestrategie des Regierungsrats war im Grossen Rat nicht mehrheitsfähig, weil sie zu theoretisch war und sie wir nicht realistisch anschauten. Die zweite Fassung war dann etwas besser, aber befriedigte auch nicht. Letztlich hinterliess die Strategie den Eindruck, dass damit der Kanton Bern keine sichere, verlässliche Energieversorgung garantiert werden kann. Mit unserer Strategie wollen wir korrigierend eingreifen.

INTERVIEW: URS I

ANZEIGE

100 Jahre  
Zuverlässigkeit

Waschmaschinen  
Tumbler

WYSS MIRELLA  
Tel. 041 933 00 74  
6233 Büren